

Eine der typischen DDR-Altlasten ist auch der Asbest, was noch behandelt werden müßte.

(Prof. Dr. Steinberg: Ja.)

In Ihrer Gesetzesvorlage habe ich danach gesucht.

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Das ist in der Anlage 2 im Umweltrahmengesetz enthalten und soll ab 1. Januar 1991 in Kraft treten.

(Dr. Matteredne, SPD: Danke.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich rufe nun die Frage 48 auf und bitte den Abgeordneten Dr. Jürgen Bohn von den Liberalen, seine Frage zu stellen.

Dr. Bohn (Die Liberalen):

Herr Minister! Gibt es zur Sicherung der künftigen Versorgung der Städte und Gemeinden mit umweltfreundlichen Brennstoffen - ich denke dabei besonders an leitungsgelundenes Erdgas - die Möglichkeit der freien Wahl der Energieanbieter? Wie verhält sich dabei die „Energiehoheit“ der Energiekombinate und die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Gasversorgern und deren Drang, flächendeckend zu versorgen, obwohl es territorial mit anderen Anbietern, die kein Gemeinschaftsunternehmen bilden, möglich ist, für Kommunen wesentlich schneller und kostengünstiger umweltverträgliche Brennstoffe zu beziehen?

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Als umweltfreundliche Brennstoffe kommen im wesentlichen in Frage: Gas, raucharme Brennstoffe wie Steinkohlenkoks, BHT-Koks und auch leichtes schwefelarmes Heizöl. Bei Heizöl und Steinkohlenkoks wird der Kunde künftig sich den Energieanbieter aus der DDR oder auch private Kohlehändler oder auch BRD-Unternehmungen aussuchen können.

Wettbewerbsbehindernde Einschränkungen wird es künftig für Heizöl und feste Brennstoffe nicht geben, da die Einwilligungspflicht mit der Außerkraftsetzung der Energieverordnung entfallen wird. Der Bezug von Gas ist ja an die Übertragungskapazität und auch an sicherheitstechnische Kriterien in den Ortsnetzen gebunden, und die liegt in der Verantwortung der Energieversorgungsbetriebe. Die Regierung setzt allerdings die ökologischen Kriterien, und ansonsten entscheidet in Zukunft der Markt.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Danke, Herr Minister.

(Zwischenruf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Gestatten Sie eine Anfrage?

(Prof. Dr. Steinberg: Ja.)

Dr. Bechstein (CDU/DA):

Herr Minister! Sehen Sie eine Möglichkeit, um von der Braunkohleverbrennung in Haushalten wegzukommen, daß man den Einsatz von Gasen und leichtem Heizöl für Einzelverbraucher, für Haushalte steuerlich begünstigt?

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Die steuerliche Begünstigung sehe ich zunächst nicht, wohl

aber daß die Kleinförderungsanlagenverordnung z. B. den Einsatz von schwefelreichen Briketts künftig verbieten wird, und damit werden wir über die Gesetzgebung eine erhebliche ökologische Entlastung durch diese Kleinförderungsanlagen bekommen.

Ansonsten wird der Preis für Gas und Öl konkurrieren mit den sicherlich ab Januar 1991 freizugebenden Preisen für feste Brennstoffe und dort auch für eine ökologische Entlastung sorgen.

Dr. Bechstein (CDU/DA):

Gibt es dann vielleicht die Möglichkeit für Investitionen, für die Beschaffung dieser Anlagen, eine Investitionshilfe oder eine steuerliche Begünstigung zu gewährleisten?

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Wir denken an entsprechende Vergünstigungen bei Errichtung der Anlage, aber nicht beim Betreiben.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich rufe nun die Frage 51 auf, de Abgeordneten Dr. Bechstein von der CDU/DA-Fraktion.

Dr. Bechstein (CDU/DA):

Herr Minister, Sie wissen, daß - bezogen auf die Zusammenhänge mit den Landschaften - besonders im Norden unseres Landes derzeit ein sehr starker Ansturm von Siedlungswilligen und Investitionsfreudigen einsetzt. Welche Maßnahmen trifft die Regierung zur Verhinderung der Zersiedlung und landschaftsfeindlichen Bebauung des Territoriums der DDR in der Übergangsphase, und wie beugt sie einer solchen Entwicklung nach vollzogener Einheit Deutschlands vor?

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Dazu möchte ich folgendes antworten: 10% des Territoriums der DDR wurden im Rahmen eines großzügig angelegten Nationalparkprogramms bereits durch die Regierung Modrow am 16. März unter Schutz gestellt. Das bleibt so. Gleichzeitig wurden vom damals zuständigen Minister Empfehlungen an die Räte der Bezirke gegeben, zur Sicherung der im Nationalparkprogramm ausgewiesenen Flächen einen zeitweiligen Bau¹¹ und Parzellierungsstop auszusprechen. Das bleibt auch so. Als Voraussetzung einer koordinierten und ökologisch vertretbaren Flächennutzung gilt es, so schnell wie möglich abgestimmte Flächennutzungspläne auf der Ebene der Kreise zu erarbeiten.

Abschließend möchte ich sagen, daß durch das heute nachmittag vorzulegende Umweltrahmengesetz die Weiterführung des Nationalparkprogramms sichergestellt wird. Das steht im Artikel 6 § 5. Ich glaube, wir haben damit eine sehr gute Ausgangsbasis für eine aktive Arbeit auf diesem Gebiet, eine bessere, als sie beispielsweise in der Bundesrepublik zur Zeit gegeben ist.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun den Abgeordneten Prof. Dr. Hegewald von der Fraktion der PDS, seine Frage zu stellen.

Prof. Dr. Hegewald (PDS):

Verehrter Herr Minister! Mit der Stilllegung von Betrieben, die sehr stark die Umwelt belasten - zum Beispiel in Espenhain, Bit-